

MITTEILUNGEN

Freisetzungen gentechnisch veränderter Organismen: Effektivität des vereinfachten Verfahrens in Deutschland

Entsprechend der EU-Richtlinie 90/220/EWG und dem deutschen Gentechnikgesetz (GenTG) werden gentechnisch veränderte Organismen (GVO) auf Antrag in Deutschland in räumlich und zeitlich begrenztem Maße seit über 10 Jahren freigesetzt. Neben dem Robert-Koch-Institut als oberster Genehmigungsbehörde sind das Umweltbundesamt und die Biologische Bundesanstalt an den Freisetzungsverfahren als Einvernehmensbehörden beteiligt. In den Freisetzungen werden die GMO über mehrere Jahre an verschiedenen Standorten im Hinblick auf eine eventuelle spätere Vermarktung (Inverkehrbringen) und für die Sortenprüfung getestet.

Soweit mit der Freisetzung bestimmter GMO in Hinblick auf die Schutzzwecke des GenTG genügend Erfahrungen gesammelt sind, kann seit 1996 ein sog. Vereinfachtes Verfahren (VV) durchgeführt werden. Hierzu müssen die neu eingeführten genetischen Sequenzen gut charakterisiert sein und es muss ein Züchtungs- bzw. Kreuzungsprogramm mit definierten Pflanzenlinien beschrieben sein. Das VV besteht aus einem Basisantrag mit der in der EU festgelegten maximalen Bearbeitungsfrist von 90 Tagen sowie einer lokalen Öffentlichkeitsbeteiligung für den in diesem Basisantrag genannten Freisetzungsort und der Ankündigung der Nachmeldung von weiteren Freisetzungsstandorten. In einem vom Antragsteller definierten Zeitraum (üblicherweise bis zu 10 Jahren) können nach Genehmigung des Basisantrages weitere Orte nachgemeldet werden. Innerhalb von 15 Tagen nach Anmeldung kann an diesen Standorten mit der Freisetzung begonnen werden. Dieses VV bringt dem Antragsteller gegenüber einer mehrmaligen Antragstellung in späteren Jahren eine erhebliche Aufwandseinsparung. Dass die Zahl der Freisetzungen mit dem VV stark gestiegen ist, zeigt die folgende Auswertung, die auch z. T. im INTERNET als BioSearch-Datenbankstatistik unter <http://www.bba.de/gentech/gentech.htm> in aktualisierter Form angeboten wird.

In Deutschland sind bisher 90 Standardanträge zur Freisetzung von GMO gestellt worden. Hinzu kommen 28 Basisanträge zum

VV mit 95 Nachmeldungen weiterer Standorte. In den 90 Standardanträgen sind 131 Standorte beantragt worden, die von 1990 bis 2001 zu 400 Freisetzungen geführt haben (falls diese alle durchgeführt und nicht verhindert oder aus anderen Gründen unterlassen wurden). In den 28 Basisanträgen zum VV sind 31 Standorte beantragt worden, die bis jetzt zu 101 Freisetzungen geführt haben sollten. In den 95 Nachmeldungen zum VV sind 460 Standorte beantragt worden, die zu 1444 Freisetzungen geführt haben sollten. In den 28 VV vom Jahr 1996 bis zum Jahr 2001 konnten also insgesamt 1545 Freisetzungen durchgeführt werden, während die dreifache Anzahl von Standardverfahren von 1990 bis 2001 lediglich ein Viertel der Gesamtfreisetzungen ermöglichte. Analysiert man die aufwandsarmen Nachmeldungen genauer, so wird die Effizienz der Freisetzung in den drei hauptsächlich betroffenen Anbaukulturen durch das VV deutlich: Im Mais wurden 47 der 67 beantragten Freisetzungsorte (= 70 %) vereinfacht nachgemeldet, im Raps waren es 183 von 228 (= 80 %), bei der Zuckerrübe 222 von insgesamt 264 (= 84 %).

Zweistellige Anzahlen von Freisetzungsstandorten (10–32) wurden in 15 % der deutschen Nachmeldungen beantragt. Auch in anderen Ländern der EU wird ein VV praktiziert, doch werden die nachgemeldeten Standorte sehr oft nicht über die EU an die Mitgliedstaaten weitergemeldet (unsere BioSearch-Datenbankstatistik ist also hier nicht vollständig). In 114 der uns bekannten außerdeutschen 1576 EU-Freisetzungsanmeldungen wurden zweistellige Freisetzungsstandorte beantragt, davon bei 21 Meldungen (aus Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Italien, Belgien und Schweden) mehr als jeweils 30 Freisetzungsorte, in drei Fällen (aus Frankreich) sogar mehr als jeweils 100 Freisetzungsorte.

Das VV in seiner jetzigen Form sieht eine Öffentlichkeitsbeteiligung lediglich für die im Basisantrag genannten Orte vor, jedoch eine Überwachung der Freisetzungen durch die Bundesländer an allen Standorten.

Nach einer Umsetzung der revidierten EU-Richtlinie 90/220/EWG (2001/18/EG) in nationales Recht bis spätestens zum 17. Oktober 2002 wird sich dieses vereinfachte Verfahren ändern.
J. LANDSMANN (Braunschweig)

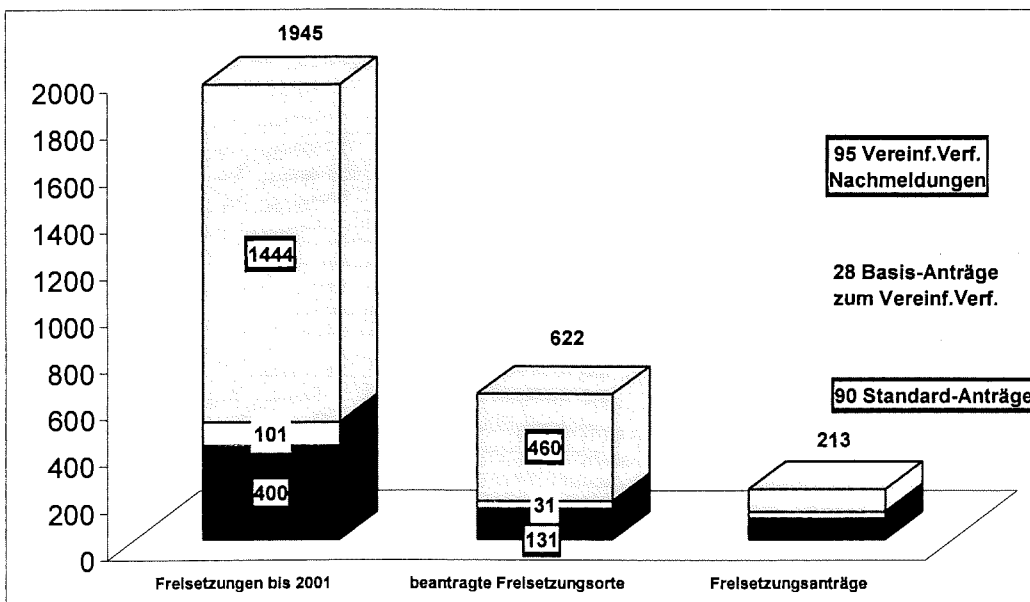


Abb. 1. Anträge zur Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen in Deutschland 1990–2001. (In einem Antrag können mehrere Freisetzungsorte genannt sein und der Antrag kann über mehrere Jahre gültig sein. Die durchgeführten Freisetzungen summieren sich also über die Jahre und Orte.)

Lückenindikationen

die Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft (BBA) und der Arbeitskreis Lückenindikationen (AK-LÜCK) berichten, Stand Juli 2001:

Seit dem 1. Juli 2001 gilt uneingeschränkt die Indikationszulassung. Pflanzenschutzmittel dürfen nur noch in den bei der Zulassung festgesetzten und den in der Gebrauchsanleitung angegebenen sowie in den nach §§ 18, 18a PflSchG genehmigten und bekannt gemachten Anwendungsgebieten sowie darüber hinaus in den für den Einzelfall von der zuständigen Länderbehörde gemäß § 18b PflSchG genehmigten Flächen angewendet werden.

Das mit der Änderung des Pflanzenschutzgesetzes am 1. Juli 1998 eingeführte Genehmigungsverfahren gemäß §§ 18, 18a hat sich zu einem sehr effizienten Verfahren für das Schließen von Lücken entwickelt. Die Grundlage dafür bilden:

1. Klare inhaltliche und zeitliche Vorgaben der BBA, die mit den Einvernehmensbehörden abgestimmt sind, und einen im internationalen Vergleich außerordentlich schnellen Verfahrensablauf sichern.
2. Die intensiven Arbeiten der Unterarbeitskreise des AK-LÜCK zu Fragen der Wirksamkeit, Pflanzenverträglichkeit und des Rückstandsverhaltens.
3. Die weitere Mitwirkung der chemischen Industrie bei der Lösung der Probleme.
4. Die Einbeziehung des Berufsstandes und der verarbeitenden Industrie insbesondere bei der Finanzierung von Rückstandsversuchen.
5. Die Koordinierung aller notwendigen Aktivitäten insbesondere durch die BBA und die Leiter der Unterarbeitskreise des AK-LÜCK.

Die Tabellen 1 bis 4 geben einen Überblick über den bislang erreichten Stand. Im Zeitraum von 1995 bis 31. Juli 2001 wurden

Tab. 3. Antragstellung nach §§ 18, 18a (Stand: 31. 7. 2001)

Antragsteller	Anzahl Anträge	Anzahl AWG
Amtlicher Dienst	112	275
Industrie	79	388
Professioneller Anwender	1	1
Verbände	2	3
Summe	194	667

insgesamt 794 den Lückenindikationen zuzuordnende Anwendungsgebiete ausgewiesen (Tab. 1). Das Genehmigungsverfahren erlangt dabei zunehmende Bedeutung. Von den 602 aktuell für die Genehmigung beantragten Anwendungsgebieten (Tab. 2) sind 407 bereits genehmigt, 51 können erst nach Festsetzung der Höchstmenge und weitere 23 können parallel mit der Erteilung der Grundzulassung für das betreffende Pflanzenschutzmittel genehmigt werden. Für die Beratung des Sachverständigenausschusses (SVA) im September 2001 sind weitere 90 Anwendungsgebiete vorgesehen. Damit verbleiben von den 602 beantragten 31 Anwendungsgebiete, die erst Ende Juli beantragt und damit in Bearbeitung genommen worden sind bzw. bei denen Nachforderungen bestehen.

Im Ergebnis der bisherigen Arbeiten konnten von den im Jahre 1994 bekannt gemachten 313 vorrangig zu schließenden Lücken ca. 260 geschlossen bzw. dafür mindestens ein Pflanzenschutzmittel ausgewiesen werden. Insgesamt wurden für ca. 500 Anwendungsgebiete Lösungen erarbeitet.

Trotz aller Anstrengungen und erreichten Erfolge verbleiben ca. 100 Lücken, die vorrangig den Obst- und Gemüseanbau sowie die Heil-, Gewürz- und Teekräuter betreffen und in absehbarer Zeit nicht zu schließen sind. Zum einen fehlen hierfür die geeigneten Pflanzenschutzmittel oder es sind erst Versuche zur Festlegung der Anwendungsbedingungen und zur Klärung des

Tab. 1. Anzahl ausgewiesener Anwendungsgebiete (AWG) für Lückenindikationen im Zeitraum 1995 bis 31. 7. 2001

Jahr	Verfahren Lückenindikationen		Zulassungsverfahren Industrie § 15 PflSchG	insgesamt
	Ergänzungsantrag § 15 PflSchG	Genehmigung § 18a PflSchG		
1995/1996	0	0	111	111
1997	13	0	63	76
1998	52	0	41	93
1999	47	0	16	63
2000	21	128	15	164
31. 7. 2001	3	279	5	287
Summe	136	407	251	794

Tab. 2. Genehmigungsverfahren nach §§ 18, 18a PflSchG (Stand: 31. 7. 2001)

Einsatzgebiet	Anzahl Anwendungsgebiete		davon Genehmigung nach Festsetzung der Höchstmenge	Anwendungsgebiete in Vorbereitung für Antragstellung (Vorab-Begutachtung)
	beantragt	davon genehmigt		
Ackerbau	119	92	9	20
Forst	12	6	0	16
Gemüsebau/frische Kräuter	308	196	25	69
Heil-, Gewürz-, Teekräuter	40	17	13	30
Hopfen	4	3	0	0
Obstbau	117	41	4	46
Tabak	10	10	0	1
Vorratsschutz	1	1	0	0
Weinbau	15	13	0	1
Zierpflanzen	41	28	0	55
Summe	667*	407	51	238

*davon zurückgezogen 65, d. h. aktuell beantragt 602

602 = 407 genehmigt + 51 Genehmigung nach Festsetzung der Höchstmenge + 23 Genehmigung parallel mit Erteilung der Grundzulassung + 90 SVA 09/01 + 31 in Bearbeitung bzw. mit Nachforderungen.

Tab. 4. Ausgewiesene Indikationen (Mittel in einem Anwendungsgebiet) in Deutschland ohne Haus- und Kleingarten (Stand 31. 7. 2001)

	insgesamt	davon Genehmigung § 18a PflSchG	%
Ackerbau, Grünland, Tabak	2124	102	5
Gemüsebau, Heil-, Gewürz-, Teekräuter	756	213	28
Obstbau	590	41	7
Zierpflanzen/ Baumschulen	771	28	4
Nichtkulturland	29	0	0
Forst	234	6	3
Weinbau	231	13	6
Vorratsschutz	277	1	<1
Hopfen	41	3	7
Quarantäne	2	0	0
Summe	5055	407	8

Rückstandsverhaltens begonnen worden. In einigen Fällen liegen noch keinerlei Erfahrungen vor.

Die Arbeiten zum Schließen von Lücken werden mit hoher Intensität fortgesetzt. Derzeit befinden sich 238 Anwendungsgebiete (Tab. 2) in der Vorbereitung zur Antragstellung für die Genehmigung (Vorab-Begutachtung). Da die Lösung der Probleme mit Lückenindikationen auch davon abhängt, dass die Höchstmengen rechtzeitig festgesetzt werden, sollte das jetzige Verfahren dahingehend überprüft werden, ob sich Beschleunigungen erzielen lassen.

WALTRAUD PALLUTT, RAINER MÜLLER und MARIO WICK
(Kleinmachnow)

Die Abteilung für Pflanzenschutzmittel und Anwendungstechnik der BBA gibt bekannt:

Definition der Schnittstelle zur Übernahme von Literaturangaben in das Dokumentationsprogramm DOK

3. Hinweis zum Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel – Z 3

Die Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft (BBA) benutzt ein DV-gestütztes System (DOK), um Unterlagen, die im Zulassungsverfahren für Pflanzenschutzmittel oder im Rahmen der EU-Wirkstoffprüfung eingereicht werden, zu verwalten. Das Programm bietet die Möglichkeit, Daten von Disketten oder CD-ROMs zu importieren. Dadurch lassen sich Übertragungsfehler vermeiden, und die Erfassung wird beschleunigt. Durch eine Datenbankumstellung sowie Entwicklungen im elektronischen Datenaustausch in der EU ist eine Anpassung der Schnittstelle zum Import der Daten notwendig geworden (vgl. Nachrichtbl. Deut. Pflanzenschutzd. 51 (12), 1999, S. 331).

Die Struktur der neuen Schnittstelle ist in Anlehnung an die CADDY-Spezifikation aufgebaut (CADDY 1.1 Format Spezifikation vom 23. September 1997). Damit wird gewährleistet, dass die bei der Antragstellung nach dem CADDY-Standard auf elektronischen Datenträgern eingereichten Unterlagen direkt genutzt werden können.

Antragsteller, die keine Unterlagen entsprechend der CADDY Spezifikation vorlegen, werden dringend gebeten, eine Datei mit einer Liste der eingereichten Unterlagen entsprechend der nach-

folgend definierten Schnittstelle vorzulegen, um den Arbeitsaufwand bei der Prüfung und Zulassung zu reduzieren und die Prüfung auf Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen zu beschleunigen. Die Vorlage kann in einfacher Ausfertigung auf Diskette oder CD-ROM erfolgen. Die Vorlage ist im Antragsformblatt anzugeben. Nachträglich eingereichte Unterlagen sind ebenfalls in dieser Form zu dokumentieren. Für diesbezügliche Auskünfte steht bei der BBA Dr. BRUNO (Tel: 05 31/2 99-34 55) zur Verfügung. Diese Anforderung gilt ab sofort für alle Zulassungsanträge sowie alle Nachlieferungen zu bereits eingereichten Anträgen.

1 Allgemeine Struktur der Schnittstelle

Die Informationen zu einem Dokument bilden einen Datensatz. Die Datei ist im ANSI-Standard zu erstellen (z.B. in Microsoft WinWord Dateityp „Nur Text“) und kann beliebig viele Datensätze enthalten. Jeder Datensatz enthält 12 Felder, die jeweils durch ein Trennzeichen (senkrechter Strich „|“, ASCII-Wert: 124) voneinander getrennt werden. Innerhalb eines Datensatzes sind keine Absatzmarkierungen zu verwenden. Ist eine Unterlage mehrfach in einem Dossier mit Bezug zu mehreren Antragspunkten enthalten bzw. wird unter verschiedenen Antragspunkten auf die gleiche Unterlage verwiesen, ist für jeden Antragspunkt ein eigener Datensatz anzulegen.

2 Inhalt und Formate der Felder

1. Feld:	Antragspunkt	CHAR(20)
2. Feld:	Autoren	CHAR(2000)
3. Feld:	Erstellungsdatum	DD.MM.YYYY
4. Feld:	Titel	CHAR(2000)
5. Feld:	Quelle	CHAR(2000)
6. Feld:	Report Nummer	CHAR(40)
7. Feld:	GLP/GEP	CHAR(1) (J/N) oder (Y/N)
8. Feld:	veröffentlicht	CHAR(1) (J/N) oder (Y/N)
9. Feld:	Prüfeinrichtung	CHAR(120)
10. Feld:	Wirbeltiersversuch	CHAR(1) (J/N) oder (Y/N)
11. Feld:	Antrag auf Datenschutz	CHAR(1) (J/N) oder (Y/N)
12. Feld:	Eigentümer	CHAR(120)

3 Minimaldatensatz

Zu den Feldern Antragspunkt, Titel, Autoren, Eigentümer, GLP/GEP, veröffentlicht, Wirbeltiersversuch und Antrag auf Datenschutz sind entsprechende Informationen anzugeben. Felder, zu denen keine Angaben vorliegen, sind leer zu lassen; das Trennzeichen ist allerdings zu setzen. Im Fall von unveröffentlichten Unterlagen ist das Feld Quelle leer zu lassen.

4 Hinweise zu den Feldern:

Antragspunkt

Jeder Datensatz kann nur einen Antragspunkt enthalten. Der Antragspunkt kann ggf. durch einen Schrägstrich („/“) getrennt von einer Referenz-Nummer (z. B. /01) gefolgt werden.

Für Studien orientiert sich das Format des Antragspunktes an den Anhängen II und III der Richtlinie 91/414/EWG:

EG:AIIA-1 [= Anhang II A, Nr. 1]

EG:AIIIA-10.1.1 [= Anhang III A, Nr. 10.1.1]

EG:AIIIB-1 [= Anhang II B, Nr. 1]

Entsprechendes gilt für die im nationalen Zulassungsverfahren vorzulegenden Wirksamkeitsunterlagen. Format der Antragspunkte und Bezug orientierten sich am Anhang III. Das gemäß dem Dokument der Europäischen Kommission 7600/VI/95 Rev. 6 („Leitlinien und Kriterien für die Aufbereitung und Vorlage von Wirksamkeitsdaten gemäß Anhang III, Teile A und B, Abschnitt 6 der Richtlinie 91/414/EWG zum Inverkehrbringen von Pflan-

zenschuttmitteln (Wirksamkeitsdossier““) zu erstellende Wirksamkeitsdossier ist Nr. 6 zuzuordnen.

Alle Studien und Unterlagen, die für die Erstellung des Wirksamkeitsdossiers verwendet wurden, sind unter den entsprechenden Punkten der Nr. 6 aufzuführen:

EG: AIIIA-6.1 [Anhang III A, Nr. 6.1]

Zusätzlich zu den unter Punkt 6 des Anhangs III genannten Punkten sind für die Antragstellung in Deutschland die amtlichen und amtlich anerkannten Prüfeinrichtungen aufzuführen, von denen Versuchsergebnisse benutzt wurden, sowie die jeweiligen Bescheinigungen beizulegen. Die Zuordnung erfolgt zum Punkt 6.8.

Ferner kann es erforderlich sein, dass einzelne Unterlagen zusätzlich noch unter Punkt 3 ff aufzuführen sind; dies gilt z. B. für den Entwurf der Gebrauchsanleitung, der unter dem Punkt 3.9 zu nennen ist.

Für sonstige Unterlagen orientiert sich das Format an den Dokumentenbezeichnungen in der Anleitung für die Erstellung von Dossiers der EU-Kommission (Commission Document 1663/VI/94 Rev. 8 vom 2. April 1998: Guidelines and Criteria for the preparation and presentation of complete dossiers and of summary dossiers for the inclusion of active substances in Annex I of Directive 91/414/EEC):

D-3 [= Dokument D-3 des Summary Dossiers]

M-II [= Dokument M-II des Summary Dossiers]

Autoren

Angabe in folgender Form:

Fischer, R., Lange, W. E., Vogel, E.-F.

Bei fehlenden Autoren ist „Anonym“ einzutragen.

Erstellungsdatum

Ältere Versuchsberichte sind manchmal unvollständig datiert, z. B. nur mit Monat und Jahr oder nur mit Jahresangabe; um diese Fälle zu berücksichtigen, akzeptiert das System Nullen bei den Stellen für Tag und Monat.

Titel

Wenn die Studie selber keinen Titel hat, kann ersatzweise ein kurzer beschreibender Titel eingetragen werden.

Quelle

Dieses Feld ist nur für publizierte Literatur vorgesehen. Die Angaben sollten in der Reihenfolge Quelle, Jahr, Band, Heft, Seiten erfolgen: J. Agric. Food Chem., 1995, 38 (12), 215–227

Report Nummer

Anzugeben ist die Versuchsnummer der Prüfeinrichtung („Project-No.“ oder „Lab-No.“). Eine zusätzliche Inventarnummer des Auftraggebers kann, durch ein Ausrufezeichen getrennt, dahinter eingegeben werden. (z. B. KSG 87/8 ! TOX-1021-10).

Prüfeinrichtung

Hier ist die Prüfeinrichtung anzugeben, die die Untersuchungen durchgeführt hat.

GLP/GEP (J/N)

Sofern die Studie nach GLP bzw. GEP durchgeführt wurde, ist dieses durch die Angabe „J“ oder „Y“ zu kennzeichnen.

veröffentlicht (J/N)

Publizierte Literatur ist durch die Angabe „J“ oder „Y“ zu kennzeichnen.

Wirbeltierversuch (J/N)

Tierversuche werden hier im Sinne von § 14 Pflanzenschutzgesetz aufgefasst.

Antrag auf Datenschutz (J/N)

In diesem Feld ist der Antrag auf Datenschutz durch die Angabe „J“ oder „Y“ zu kennzeichnen.

Eigentümer

In diesem Feld ist der Eigentümer der Studie anzugeben.

5 Beispiel

Beispiel mit einem fiktiven Firmenbericht und einer realen Literaturstelle.

KAIIA-8.1.1|Johnson, D. and Stewart, J.|14. 07. 1998|Acute oral toxicity of XXX 7070 in Northern bobwhite (Colinus virginianus)|WI 160-117|Nestle Inc.|Nestle

KAIIA-8.1.3|Hoffman, D.J. and Albers, P.H.|Evaluation of potential embryotoxicity and teratogenicity of 42 herbicides, insecticides and petroleum contaminants to malarid eggs|Arch. Environ. Contam. Toxicol., 1984, 13, 15-27|NINININI

H. BRUNO und H.-G. NOLTING (Braunschweig)

Die Abteilung für Pflanzenschutzmittel und Anwendungstechnik der BBA gibt bekannt:

Chronologische Übersicht über rechtliche Regelungen und Arbeitsdokumente im Rahmen der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (Stand: Mai 2001)

52. Mitteilung zur EU-Wirkstoffprüfung (Pflanzenschutzmittel)¹⁾ – W 52

Die europäischen Regelungen für die Prüfung von Wirkstoffen und Zulassung von Pflanzenschutzmitteln befinden sich in einem dynamischen Prozess der Anpassung an den Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse sowie der Änderung und Ergänzung von Einzelregelungen. Die bis Mai 2001 veröffentlichten Regelungen sind nachfolgend in chronologischer Reihenfolge aufgelistet.

Seit der letzten Bekanntmachung mit der 12. Mitteilung zur EU-Wirkstoffprüfung, Nachrichtenbl. Deut. Pflanzenschutz. 51(7), S. 192–196 (Stand: Mai 1999), konnten insbesondere bei Richtlinien und Entscheidungen zu einzelnen Wirkstoffen und bei der Erstellung von Leitfäden und Arbeitsdokumenten zur Prüfung und Bewertung erhebliche Fortschritte gemacht werden.

Die Liste wird ständig aktualisiert und ist jederzeit über die Homepage der BBA im Internet, <http://www.bba.de>, abrufbar. Zusätzliche Informationen hält die Europäische Kommission bereit unter

http://europa.EU.int/comm/foods/fs/ph_ps/index_en.htm.

¹⁾ 51. Mitteilung siehe LUNDEHN, J.-R., und H.-G. NOLTING, 2001: Weitere Verordnung zur zweiten Stufe des Arbeitsprogramms gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Richtlinie 91/414/EWG des Rates (Verordnung (EG) Nr. 703/2001 der Kommission), Nachrichtenbl. Deut. Pflanzenschutz., 53 (8), S. 214–215.

1 Allgemeine Gesetzgebung

1.1 Richtlinie des Rates vom 15. Juli 1991 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (91/414/EWG), ABl. Nr. L 230 vom 19. 8. 91, Seite 1

– *Grundrichtlinie*

1.2 Verordnung (EWG) Nr. 3600/92 der Kommission vom 11. Dezember 1992 mit Durchführungsbestimmungen für die erste Stufe des Arbeitsprogramms gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, ABl. Nr. L 366 vom 15. 12. 92, Seite 10

– *Festlegung der ersten 90 Wirkstoffe; Aufforderung zur Notifizierung*

1.3 Richtlinie 93/71/EWG der Kommission vom 27. Juli 1993 zur Änderung der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, ABl. Nr. L 221 vom 31. 8. 93, Seite 27

– *Änderung der Einleitungen der Anhänge II und III, insbesondere Ausnahmen von den GLP-Bestimmungen*

– *Änderung der Anhänge III A und B zu „Wirksamkeitsdaten“*

1.4 Richtlinie 94/37/EG der Kommission vom 22. Juli 1994 zur Änderung der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, ABl. Nr. L 194 vom 29. 7. 94, Seite 65

– *Änderung der Anhänge II A und III A hinsichtlich Datenanforderungen für die Prüfbereiche „Identität, physikalische, chemische und technische Eigenschaften“ sowie „Angaben zur Anwendung“ und „weitere Informationen“*

1.5 Richtlinie 94/43/EG des Rates vom 27. Juli 1994 zur Festlegung des Anhangs VI der Richtlinie 91/414/EWG über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, ABl. Nr. L 227 vom 1. 9. 94, Seite 31

– *Einheitliche Grundsätze für die Bewertung und Zulassung von Pflanzenschutzmitteln*

Diese Richtlinie wurde durch das Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom 18. Juni 1996 für nichtig erklärt

1.6 Verordnung (EG) Nr. 933/94 der Kommission vom 27. April 1994 über die Festsetzung der Wirkstoffe von Pflanzenschutzmitteln und die Bestimmung der berichterstattenden Mitgliedstaaten zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 3600/92, ABl. Nr. L 107 vom 28. 4. 94, Seite 8

– *Benennung der berichterstattenden Mitgliedstaaten für die Prüfung der ersten 89 Wirkstoffe; Liste der Notifizierer; Festsetzung der Frist zur Einreichung der Dossiers*

1.7 Richtlinie 94/79/EG der Kommission vom 21. Dezember 1994 zur Änderung der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, ABl. Nr. L 354 vom 31. 12. 94, Seite 16

– *Änderung der Einleitungen der Anhänge II und III, insbesondere hinsichtlich zu verwendender Prüfrichtlinien*

– *Änderung der Anhänge II A und III A hinsichtlich Datenanforderungen für die Prüfbereiche „toxikologische und Metabolismus-Untersuchungen“*

1.8 Verordnung (EG) Nr. 491/95 der Kommission vom 3. März 1995 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3600/92 und der Verordnung (EG) Nr. 933/94, insbesondere hinsichtlich der Berücksichtigung der benannten Behörden und der Hersteller in

Österreich, Finnland und Schweden bei der Durchführung der ersten Stufe des Arbeitsprogramms gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, ABl. Nr. L 49 vom 04. 3. 95, Seite 50

1.9 Richtlinie 95/35/EG der Kommission vom 14. Juli 1995 zur Änderung der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, ABl. Nr. L 172 vom 22. 7. 95, Seite 6

– *Änderung der Einleitungen der Anhänge II und III, insbesondere Ausnahmen von den GLP-Bestimmungen für Rückstandsuntersuchungen und Untersuchungen über Auswirkungen auf Honigbienen und andere Nutzarthropoden*

1.10 Richtlinie 95/36/EG der Kommission vom 14. Juli 1995 zur Änderung der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, ABl. Nr. L 172 vom 22. 7. 95, Seite 8

– *Änderung der Anhänge II A und III A hinsichtlich Datenanforderungen für die Prüfbereiche „Verbleib und Verhalten in der Umwelt“*

1.11 Verordnung (EG) Nr. 2230/95 der Kommission vom 21. September 1995 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 933/94 über die Festsetzung der Wirkstoffe von Pflanzenschutzmitteln und die Bestimmung der berichterstattenden Mitgliedstaaten zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 3600/92, ABl. Nr. L 225 vom 22. 9. 95, Seite 1

– *Änderung der Frist für die Einreichung von Dossiers für bestimmte Wirkstoffe*

1.12 Richtlinie 96/12/EG der Kommission vom 8. März 1996 zur Änderung der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, ABl. Nr. L 65 vom 15. 3. 96, Seite 20

– *Änderung der Anhänge II A und III A hinsichtlich Datenanforderungen für die Prüfbereiche „ökotoxikologische Untersuchungen“ und „Zusammenfassung und Evaluierung der Teile 9 und 10“ des Anhangs III A*

1.13 Richtlinie 96/46/EG der Kommission vom 16. Juli 1996 zur Änderung der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, ABl. Nr. L 214 vom 23. 8. 96, Seite 18

– *Änderung der Anhänge II A und III A hinsichtlich Datenanforderungen für den Prüfbereich „Analyseverfahren“*

1.14 Richtlinie 96/68/EG der Kommission vom 21. Oktober 1996 zur Änderung der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, ABl. Nr. L 277 vom 30. 10. 96, Seite 25

– *Änderung der Anhänge II A und III A hinsichtlich Datenanforderungen für den Prüfbereich „Rückstände in oder auf behandelten Erzeugnissen, Lebensmitteln und Futtermitteln“*

1.15 Verordnung (EG) Nr. 1199/97 der Kommission vom 27. Juni 1997 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3600/92 mit Durchführungsbestimmungen für die erste Stufe des Arbeitsprogramms gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, ABl. Nr. L 170 vom 28. 6. 97, Seite 19

– *Änderung der Artikel 5 und 7 der Verordnung (EWG) Nr. 3600/92, insbesondere bez. Informationsverpflichtungen der Mitgliedstaaten*

1.16 Richtlinie 97/57/EG des Rates vom 22. September 1997 zur Festlegung des Anhangs VI der Richtlinie 91/414/EWG über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, ABl. Nr. L 265 vom 27. 9. 97, Seite 87

– *Einheitliche Grundsätze für die Bewertung und Zulassung von Pflanzenschutzmitteln*

1.17 Verordnung (EG) Nr. 1972/99 der Kommission vom 15. September 1999 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3600/92 mit Durchführungsbestimmungen für die erste Stufe des Arbeitsprogramms gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, ABl. Nr. L 244 vom 16. 9. 99, Seite 41

– *Änderung und Erweiterung der Informationsverpflichtungen der Mitgliedstaaten*

1.18 Verordnung (EG) Nr. 451/2000 der Kommission vom 28. Februar 2000 mit Durchführungsbestimmungen für die zweite und dritte Stufe des Arbeitsprogramms gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Richtlinie 91/414/EWG des Rates, ABl. Nr. L 55 vom 29. 2. 2000, Seite 25

– *Festlegung der Wirkstoffe der zweiten Stufe der Prüfung; Anforderung zur Notifizierung aller restlichen Wirkstoffe; Festlegung der Verfahrensabläufe; Einführung einer Gebührenregelung*

1.19 Verordnung (EG) Nr. 2266/2000 der Kommission vom 12. Oktober 2000 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 3600/92 mit Durchführungsbestimmungen für die erste Stufe des Arbeitsprogramms gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, ABl. Nr. L 259 vom 13. 10. 2000, Seite 27

– *Festlegung eines Endtermins für die Vorlage fehlender Unterlagen*

1.20 Entscheidung der Kommission vom 14. Februar 2001 betreffend die Entscheidung über die mögliche Aufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates, ABl. Nr. L 49 vom 20. 2. 2001, Seite 13

– *Festlegung von Endterminen für die Vorlage fehlender Unterlagen für bestimmte Wirkstoffe*

1.21 Verordnung (EG) Nr. 703/2001 der Kommission vom 06. April 2001 zur Festlegung der Wirkstoffe in Pflanzenschutzmitteln, die auf der zweiten Stufe des Arbeitsprogramms gemäß Artikel 8 Absatz 2 der Richtlinie 91/414/EWG zu prüfen sind, und zur Revision der Liste der Berichterstattemitgliedstaaten für diese Wirkstoffe, ABl. Nr. L 98 vom 7. 4. 2001, Seite 6

– *Benennung der berichterstattenden Mitgliedstaaten für die Prüfung der Wirkstoffe der zweiten Stufe der Altwirkstoffprüfung; Liste der Notifizierer; Festsetzung der Frist zur Einreichung der Dossiers*

1.22 Richtlinie .../EG der Kommission vom2001 zur Änderung der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln, ABl. Nr. L ... vom2001, Seite ...

– *Änderung der Anhänge IIB und IIIB der Richtlinie 91/414/EWG; Datenanforderungen für Mikroorganismen und Viren.*

2 Richtlinien der Kommission zu Entscheidungen über die Aufnahme von Wirkstoffen in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG (Tabelle 1)

Tabelle 1.

Lfd. Nr.	Wirkstoff (common name)	EAS/ NAS*	Richtlinie (Nr. und Datum)	Fundstelle im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
1.	Imazalil	EAS	97/73/EG 15. 12. 1997	L 353 vom 24. 12. 97 Seite 26
2.	Azoxystrobin	NAS	98/47/EG 25. 6. 1998	L 191 vom 7. 7. 98, Seite 50 L 354 vom 30. 12. 98, Seite 66
3.	Kresoxim-methyl	NAS	99/1/EG 21. 1. 1999	L 21 vom 28. 1. 99, Seite 21 L 145 vom 10. 6. 99, Seite 40
4.	Spiroxamin	NAS	99/73/EG 19. 7. 1999	L 206 vom 5. 8. 99, Seite 16 L 221 vom 10. 8. 99, Seite 19
5.	Azimsulfuron	NAS	99/80/EG 28. 7. 1999	L 210 vom 10. 8. 99, Seite 13
6.	Fluroxypyr	EAS	2000/10/EG 1. 3. 2000	L 57 vom 2. 3. 2000, Seite 28
7.	Metsulfuron-methyl	EAS	2000/49/EG 26. 7. 2000	L 197 vom 3. 8. 2000, Seite 32
8.	Prohexadion Calcium	NAS	2000/50/EG 26. 7. 2000	L 198 vom 4. 8. 2000, Seite 39
9.	Triasulfuron	EAS	2000/66/EG 23. 10. 2000	L 276 vom 28. 10. 2000, Seite 35
10.	Esfenvalerat	EAS	2000/67/EG 23. 10. 2000	L 276 vom 28. 10. 2000, Seite 38
11.	Bentazon	EAS	2000/68/EG 23. 10. 2000	L 276 vom 28. 10. 2000, Seite 41
12.	λ-Cyhalothrin	EAS	2000/80/EG 4. 12. 2000	L 309 vom 9. 12. 2000, Seite 14
13.	Amitrol	EAS	2001/21/EG 5. 3. 2001	L 69 vom 10. 3. 2001 Seite 17
14.	Deiquat	EAS		
15.	Pyridat	EAS		
16.	Thiabendazol	EAS		
17.	Fenhexamid	NAS	2001/28/EG 20. 4. 2001	L 113 vom 24. 4. 2001, Seite 5
18.	Paecilomyces fumosoroseus	NAS	2001/.../EG2001	L ... vom2001, Seite ...
19.	Flurpysulfuron-methyl	NAS	2001/.../EG2001	L ... vom2001, Seite ...

* EAS = existing active substance, NAS = new active substance

3 Entscheidungen zu einzelnen Wirkstoffen

3.1 Entscheidungen der Kommission über die Nichtaufnahme in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG bzw. Widerruf der Zulassungen für Pflanzenschutzmittel mit bestimmten Wirkstoffen (Tabelle 2).

3.2 Entscheidungen der Kommission über die grundsätzliche Anerkennung der Vollständigkeit der Unterlagen, die zur eingehenden Prüfung im Hinblick auf die etwaige Aufnahme bestimmter Wirkstoffe in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln eingereicht wurden (Tabelle 3).

3.3 Entscheidungen der Kommission zur Verlängerung des für vorläufige Zulassungen vorgesehenen Zeitraums (Tabelle 4).

4 Prüfberichte/Review Reports (Tabelle 5)

Tabelle 2.

Lfd. Nr.	Wirkstoff (common name)	Entscheidung (Nr. und Datum)	Fundstelle im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
1.	Cyhalothrin	94/643/EG 12. 9. 1994	L 249 vom 24. 9. 1994, Seite 18
2.	Ferbam	95/276/EG	L 170 vom 20. 7. 1995, Seite 22
3.	Azinphosethyl	13. 7. 1995	L 257 vom 10. 10. 1996, Seite 41
4.	Propham	96/586/EG 9. 4. 1996	L 117 vom 21. 4. 1998, Seite 13
5.	Dinoterb	98/269/EG 7. 4. 1998	L 117 vom 21. 4. 1998, Seite 15
6.	Fenvalerat	98/270/EG 7. 4. 1998	L 54 vom 2. 3. 1999, Seite 21
7.	DNOC	99/164/EG 17. 2. 1999	L 73 vom 22. 3. 2000, Seite 16
8.	Pyrazophos	2000/233/EG 9. 3. 2000	L 73 vom 22. 3. 2000, Seite 18
9.	Monolinuron	2000/234/EG 9. 3. 2000	L 263 vom 18. 10. 2000, Seite 32
10.	Chlozolinat	2000/626/EG 13. 10. 2000	L 292 vom 21. 11. 2000, Seite 30
11.	Tecnazen	2000/725/EG 20. 11. 2000	L 324 vom 21. 12. 2000, Seite 42
12.	Lindan	2000/801/EG 20. 12. 2000	L 332 vom 28. 12. 2000, Seite 112
13.	Quintozen	2000/816/EG 27. 12. 2000	L 332 vom 28. 12. 2000, Seite 114
14.	Permethrin	2000/817/EG 27. 12. 2000	L 88 vom 28. 3. 2001, Seite 19
15.	Zineb	2001/245/EG 22. 3. 2001	L vom Seite...
16.	Parathion	2001/.../EG2000	L vom Seite...
17.	Chlorfenapyr	2001/.../EG2000	L vom Seite...

5 Arbeitsdokumente und Leitlinien für Mitgliedstaaten und Antragsteller¹⁾

5.1 Doc. 1663/VI/94 rev. 8 of 22. 4. 98:

Guidelines and Criteria for the Preparation and Presentation of Complete Dossiers and of Summary Dossiers for the Inclusion of Active Substances in Annex I of Directive 91/414/EEC (Article 5.3 and 8.2)

– Anweisungen für die Erstellung des Dossiers durch den Antragsteller

5.2 Doc. 1654/VI/94 rev. 7 of 22. 4. 98

Guidelines and criteria for the evaluation of dossiers and for the preparation of reports to the European Commission by rapporteur Member States relating to the proposed inclusion of active substances in Annex I of Directive 91/414/EEC

– Anweisungen für die Erstellung der Monographie durch den berichterstattenden Mitgliedstaat

5.3 Verfahrensregelungen zur Prüfung „alter“ Wirkstoffe

5.3.1 Doc. 1614/VI/95 rev. 7 of 27. 4. 97:

Working document for guidance to the Member States with regard to the implementation of Articles 6 and 7 of Regulation (EEC) n° 3600/92, developed in the working group „plant protection products – legislation“ of the SCPH

¹⁾ Arbeitsdokumente und Leitlinien, die in ihrer vorläufigen Endfassung vorliegen und vom Ständigen Ausschuss Pflanzenschutz zustimmend zur Kenntnis genommen wurden, sind durch Fettschrift hervorgehoben. Die Dokumente können bei der Europäischen Kommission, DG SANCO E.1, Rue de la Loi 86, B-1049 Bruxelles, bezogen werden.

5.3.2 Doc. 7860/VI/97 rev. 5E of 15. 7. 98:

Aide mémoire with regard to certain aspects of the procedures for the evaluation of existing active substances in view of a possible inclusion into Annex I of Directive 91/414/EEC

5.4 Verfahrensregelungen zur Prüfung neuer Wirkstoffe

5.4.1 Doc. 1663/VI/95 rev. 2 of 16. 6. 1996:

Working document for guidance to the Member States with regard to the implementation of Article 6 of Directive 91/414/EEC for new active substances, developed in the working group „plant protection products – legislation“ of the SCPH

5.4.2 Doc. 7860/VI/97 rev. 5N of 15. 7. 98:

Aide mémoire with regard to certain aspects of the procedures for the evaluation of new active substances in view of a possible inclusion into Annex I of Directive 91/414/EEC

5.5 Doc. 7109/VI/94 rev. 6:

Applicability of Good Laboratory Practice to data requirements according to annexes II, part A and III, part A of Council Directive 91/414/EEC

– Übersicht über GLP-Anforderungen

5.6 Doc. 7017/VI/95 rev. 4:

Guideline developed within the Standing Committee on Plant Health with regard to the acceptability of data, whether or not performed in accordance with the principles of Good Laboratory Practice (GLP)

– Leitfaden zur Anwendung der GLP

5.7 Guidance documents within the Standing Committee on Plant Health with regard to the modelling of fate and behaviour of plant protection products in the environment (FOCUS-reports)

– Leitfäden zur Prüfung des Verbleibs und Verhaltens in der Umwelt

5.7.1 Doc. 1694/VI/95 rev. 24. 2. 97:

General guidance concerning models for predicting fate and behaviour of plant protection products in the environment

– Allgemeiner Leitfaden für die Anwendung von Modellen zur Vorhersage des Verbleibs und Verhaltens von Pflanzenschutzmitteln in der Umwelt

5.7.2 Doc. 4952/VI/95:

Specific guidance concerning models for predicting fate and behaviour of plant protection products in groundwater

– Spezieller Leitfaden für die Anwendung von Modellen zur Vorhersage des Verbleibs und Verhaltens von Pflanzenschutzmitteln in Grundwasser

5.7.3 Doc. 6476/VI/96 rev. 24. 2. 97:

Specific guidance concerning models for predicting fate and behaviour of plant protection products in surface water

– Spezieller Leitfaden für die Anwendung von Modellen zur Vorhersage des Verbleibs und Verhaltens von Pflanzenschutzmitteln in Oberflächenwasser

5.7.4 Doc. 7617/VI/96 rev. 29. 2. 97:

Specific guidance concerning models for predicting fate and behaviour of plant protection products in soil

– Spezieller Leitfaden für die Anwendung von Modellen zur Vorhersage des Verbleibs und Verhaltens von Pflanzenschutzmitteln im Boden

Tabelle 3.

Lfd. Nr.	Wirkstoff (common name)	Entscheidung (Nr. und Datum)	Fundstelle im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften	Lfd. Nr.	Wirkstoff (common name)	Entscheidung (Nr. und Datum)	Fundstelle im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften
1.	Kresoxim-methyl	96/266/EG 1. 4. 1996	L 91 vom 12. 4. 1996, Seite 34	40.	Imazamox (AC 299263)		
2.	Flurtamone	96/341/EG 20. 5. 1996	L 130 vom 31. 5. 1996, Seite 20	41.	DE 570 (Florasulam)		
3.	Quinoxifen	96/457/EG 28. 6. 1996	L 189 vom 30. 7. 1996, Seite 112	42.	Fluazolat (JV 485)		
4.	Prohexadion-calcium	96/520/EG 29. 7. 1996	L 220 vom 30. 8. 1996, Seite 19	43.	Coniothyrium minitans		
5.	Chlorfenapyr	96/521/EG 29. 7. 1996	L 220 vom 30. 8. 1996, Seite 21	44.	Benzoesäure		
6.	Spiroxamin	96/522/EG 29. 7. 1996	L 220 vom 30. 8. 1996, Seite 23	45.	CGA 279202 (Trifloxystrobin)	99/43/EG 22. 12. 1998	L 14 vom 19. 1. 1999, Seite 30
7.	Azoxystrobin	96/523/EG 29. 7. 1996	L 220 vom 30. 8. 1996, Seite 25	46.	Clefoxydim (BAS 625 H)		
8.	Isoxaflutol	96/524/EG 29. 7. 1996	L 220 vom 30. 8. 1996, Seite 27	47.	Etoxazol		
9.	Prosulfuron	97/137/EG 3. 2. 1997	L 52 vom 22. 2. 1997, Seite 20	48.	Eisen-III-phosphat		
10.	Cyclanilid	97/164/EG 17. 2. 1997	L 64 vom 5. 3. 1997, Seite 17	49.	CGA 277 476 (Oxasulfuron)	99/237/EG 18. 3. 1999	L 87 vom 31. 3. 1999, Seite 15
11.	Flupyrsulfuron-methyl	97/164/EG 17. 2. 1997	L 64 vom 5. 3. 1997, Seite 17	50.	ZA 1296 (Mesotrion)	99/392/EG 31. 5. 1999	L 148 vom 15. 6. 1999, Seite 44
12.	Azimsulfuron			51.	Iodosulfuron- methyl-sodium (AEF 115008)		
13.	Paecilomyces fumosoroseus			52.	Siltiopham (MON 65500)		
14.	Pseudomonas chlororaphis	97/248/EG 25. 3. 1997	L 98 vom 15. 4. 1997, Seite 15	53.	Gliocladium catenulatum		
15.	Carfentrazon- ethyl	97/362/EG 21. 5. 1997	L 152 vom 11. 6. 1997, Seite 31	54.	Alanycarb	99/462/EG 24. 6. 1999	L 180 vom 15. 7. 1999, Seite 49
16.	Fosthiazat			55.	BAS 656 H (Dimethenamid-p)	99/555/EG 22. 7. 1999	L 210 vom 10. 8. 1999, Seite 22
17.	Fluthiamid (= Flufenacet)			56.	AC 900001 (Picolinafen)		
18.	Mefenoxam- (CGA 329351)	97/591/EG 29. 7. 1997	L 239 vom 30. 8. 1997, Seite 48	57.	ZA 1963 (Picoxystrobin)		
19.	Ethoxysulfuron			58.	L 91105 D (Carvon)	99/610/EG 10. 9. 1999	L 242 vom 14. 9. 1999, Seite 29
20.	Famoxadon			59.	Thiacloprid	2000/181/EG 23. 2. 2000	L 57 vom 2. 3. 2000, Seite 35
21.	Ampelomyces quisqualis			60.	Forchlorfenuron		
22.	Flumioxazin	97/631/EG 12. 9. 1997	L 262 vom 24. 9. 1997, Seite 7	61.	Thiamethoxam		
23.	CGA 245704 (Acibenzolar- S-methyl)	97/865/EG 5. 12. 1997	L 351 vom 23. 12. 1997, Seite 67	62.	Spinosad	2000/210/EG 25. 2. 2000	L 64 vom 11. 3. 2000, Seite 24
24.	Flazasulfuron			63.	Fenamidon	2000/251/EG 17. 3. 2000	L 78 vom 29. 3. 2000, Seite 26
25.	Kernpolyedervirus der Zuckerrüben- Eule (Spodoptera exigua NPV)			64.	Acetamiprid	2000/390/EG 7. 6. 2000	L 145 vom 20. 6. 2000, Seite 36
26.	Imazosulfuron			65.	Cyazofamid	2000/412/EG 15. 6. 2000	L 155 vom 28. 6. 2000, Seite 62
27.	Pymetrozin			66.	Propoxycarba- zon-Natrium	2000/463/EG 17. 7. 2000	L 183 vom 22. 7. 2000, Seite 21
28.	Sulfosulfuron			67.	Zoxamid (RH-7281)	2000/540/EG 6. 9. 2000	L 230 vom 12. 9. 2000, Seite 14
29.	Cyhalofop-butyl	98/242/EG 20. 3. 1998	L 96 vom 28. 3. 1998, Seite 45	68.	Milbemectin (B-41; E-187)		
30.	Pyraflufen-ethyl			69.	Pyraclostrobin (BAS 500 F)		
31.	Azafeniden			70.	Foramsulfuron (AEF 130360)		
32.	BAS 615 H	98/398/EG 2. 6. 1998	L 176 vom 20. 6. 1998, Seite 34	71.	Beflubutamid	2000/784/EG 4. 12. 2000	L 311 vom 12. 12. 2000, Seite 47
33.	KBR 2738 (Fenhexamid)			72.	Bacillus subtilis Stamm QST 713 (QRD 133 WP)	2001/6/EG 12. 12. 2000	L 2 vom 5. 1. 2001, Seite 25
34.	Oxadiargyl			73.	Mesosulfuron- methyl	2001/278/EG 2. 4. 2001	L 99 vom 10. 4. 2001, Seite 9
35.	DPX-KKN 128 (Indoxacarb)			74.	Methoxyfenoxid	2001/.../EG ...2001	L... vom... Seite...
36.	BAS 620 H (Tepraloxymid)	98/512/EG 29. 7. 1998	L 228 vom 15. 8. 1998, Seite 35				
37.	S-Metolachlor						
38.	SZX 0722 (Iprovalicarb)						
39.	KIF 3535 (Mepanipyrim)	98/676/EG 17. 11. 1998	L 317 vom 26. 11. 1998, Seite 47				

Tabelle 4.

Lfd. Nr.	Wirkstoff (common name)	Entscheidung (Nr. und Datum)	Fundstelle im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft
1.	Quinoxifen	2000/161/EG 23. 2. 2000	L 52 vom 25. 2. 2000, Seite 44
2.	Pseudomonas chloroaphis	2000/180/EG 23. 2. 2000	L 57 vom 2. 3. 2000, Seite 34
3.	Flupyrsulfuron-methyl	2000/358/EG 24. 5. 2000	L 127 vom 27. 5. 2000, Seite 61
4.	Carfentrazon-ethyl		
5.	Prosulfuron		
6.	Flurtamon		
7.	Isoxaflutol		
8.	Flumioxazin	2000/767/EG 5. 12. 2000	L 306 vom 7. 12. 2000, Seite 34
9.	Flufenacet		
10.	Fosthiazat (IKI 1145; TO 1145)	2001/231/EG 13. 3. 2001	L 84 vom 23. 3. 2001, Seite 55
11.	Metalaxyl-M (Mefenoxam, CGA 329 351)		
12.	Sulfosulfuron (MON 37500)		
13.	Spodoptera exigua NPV		
14.	Flurpysulfuron-methyl	2001/315/EG 18. 4. 2001	L 109 vom 19. 4. 2001, Seite 69
15.	Carfentrazon-ethyl		
16.	Famoxadone		
17.	Prosulfuron		
18.	Isoxaflutole		
19.	Flurtamone		
20.	Ethoxysulfuron		
21.	Paecilomyces fumosoroseus		
22.	Cyclanilide		
23.	Benzoessäure	2001/.../EG2001	L ... vom2001, Seite ...
24.	Cinidon-ethyl		

5.7.5 Doc. SANCO/321/2000 – rev. 2 (12. Dez. 2000): FOCUS groundwater scenarios in the EU review of active substances

– Beschreibung von Szenarien für die Anwendung von Modellen zur Vorhersage des Verbleibs und Verhaltens im Grundwasser

5.8 Wirkstofflisten

5.8.1 Doc. 3010/VI/91-rev. 17j (December 2000):

Active substances on the market in plant protection products on 25. July 1993 (Art. 4 of Directive 91/414/EEC) and their present authorizations in Member States

– Liste „alter“ Wirkstoffe mit Zulassungsstatus in den Mitgliedstaaten am 15. 2. 99

5.8.2 Doc. SANCO/361/2000 – rev. 3 (11. 4. 2000):

Substances covered by the third stage of the review programme

– Wirkstoffe der 3. Stufe der Prüfung „alter“ Wirkstoffe

5.9 Informationsaustausch

5.9.1 Doc. 2949/VI/93-rev. 2:

Information Sheet on authorisations/withdrawals of plant protection products (Articles 12 (1) and 16 (5) Directive 91/414/EEC)

– Muster für Informationsaustausch nach Artikel 12 Abs. 1 und Artikel 16 Abs. 5 der Richtlinie 91/414/EEG

5.9.2 Doc. 4709/VI/94-rev. 1:

Annual list of authorised plant protection products (Article 12 (2) Directive 91/414/EEC)

– Muster für Informationsaustausch nach Artikel 12 Abs. 2 der Richtlinie 91/414/EEG; jährliche Liste der zugelassenen Pflanzenschutzmittel

5.9.3 Doc. 7453/VI/98-rev. 3:

New active substance information sheet

– Muster für Informationsaustausch nach Artikel 8 Abs. 1 und Artikel 6 der Richtlinie 91/414/EEG (Information der Mitgliedstaaten und der Kommission über Antrag auf Aufnahme eines neuen Wirkstoffes in Anhang I)

5.10 Doc. SANCO/2885/2000 (4. 10. 2000):

– Vorschläge zur Änderung der Anhänge II B und III B der Richtlinie 91/414/EEG

5.11 Doc. SANCO/491/2000-rev. 3 (13. 7. 2000):

Authorization of plant protection products containing active substances after their inclusion in annex I – submission of an annex II- and annex III-dossier

– Leitfaden für die Vorlage von Antragsunterlagen für ein Pflanzenschutzmittel nachdem der Wirkstoff in Anhang I der Richtlinie 91/414/EEG des Rates aufgenommen wurde.

5.12 Richtlinien zum Rückstandsverhalten

5.12.1 Doc. 1607/VI/97-rev. 1 (22. 7. 97):

Guidelines for the generation of data concerning residues as provided in Annex II part A, section 6 and Annex III, part A, section

Tabelle 5.

Lfd. Nr.	Wirkstoff (common name)	Datum	Dokument Nr.
1.	Imazalil	11. 7. 1997	1688/VI/97 – Rev. 8.5
2.	Dinoterb	16. 12. 1997	8083/VI/97 – Rev. 4
3.	Azoxystrobin	22. 4. 1998	7581/VI/97 – Rev. 5
4.	Kresoxim-methyl	16. 10. 1998	7583/VI/97 – Rev. 8
5.	DNOC	1. 12. 1998	7777/VI/98 – Rev. 3
6.	Spiroxamin	11. 5. 1999	7584/VI/97 – Rev. 7
7.	Azimsulfuron	2. 7. 1999	7591/VI/97 – Rev. 4
8.	Pyrazophos	20. 7. 1999	7465/VI/98 – Rev. 5
9.	Monolinuron	20. 7. 1999	7597/VI/97 – Rev. 4
10.	Fluroxypyr	25. 11. 1999	6848/VI/98 – Rev. 13
11.	Chlozolinalat	5. 10. 1999	8397/VI/98 – Rev. 4
12.	Tecnazen	12. 4. 2000	SANCO/486/2000 – Rev. 1
13.	Metsulfuron-methyl	25. 5. 2000	7593/VI/97 – Rev. 6
14.	Prohexadion-calcium	16. 6. 2000	7475/VI/99 – Rev. 8
15.	Bentazon	10. 7. 2000	7585/VI/97 – Rev. 4
16.	Esfenvalerat	22. 7. 2000	6846/VI/97 – Rev. 5
17.	Triasulfuron	3. 7. 2000	7589/VI/97 – Rev. 4
18.	Permethrin	13. 7. 2000	6522/VI/99 – Rev. 7
19.	Lindan	13. 7. 2000	6525/VI/99 – Rev. 5
20.	Quintozen	13. 7. 2000	5044/VI/97 – Rev. 3
21.	λ-Cyhalothrin	25. 1. 2001	7572/VI/97 – final
22.	Fenhexamid	28. 9. 2000	6497/VI/99 – Rev. 2
23.	Zineb	6. 10. 2000	SANCO/2225/2000 – Rev. 2
24.	Pyridat	11. 12. 2000	7576/VI/97 – Rev. 5
25.	Amitrol	12. 12. 2000	6839/VI/97 – Rev. 4
26.	Deiquat	11. 12. 2000	1688/VI/97 – Rev. 8
27.	Thiabendazol	11. 12. 2000	7603/VI/97 – Rev. 4
28.	Parathion	7. 2. 2001	SANCO/3067/99 – Rev. 2
29.	Paecilomyces fumosoroseus	27. 4. 2001	4203/VI/98 – Rev. 6
30.	Chlorfenapyr	27. 4. 2001	SANCO/1089/2001 – Rev. 2
31.	Flupyrsulfuron-methyl	27. 4. 2001	5050/VI/97 – Rev. 7

- 8 of Directive 91/414/EEC concerning the placing of plant protection products on the market
– *Rückstandsrichtlinien – Vorwort*
- 5.12.2 Doc. 7028/VI/95-rev. 3 (22. 7. 97):
Appendix A
Metabolism and distribution in plants
– *Richtlinie zur Prüfung von Metabolismus und Verteilung in Pflanzen*
- 5.12.3 Doc. 7029/VI/95-rev. 5 (22. 7. 97):
Appendix B
General recommendations for the design, preparation and realisation of residue trials
– *Allgemeine Empfehlungen zur Planung, Anlage und Durchführung von Rückstandsversuchen*
- 5.12.4 Doc. 7524/VI/95-rev. 2 (22. 7. 97):
Appendix C
Testing of plant protection products in rotational crops
– *Richtlinie zur Prüfung des Rückstandsverhaltens in nachbau-baren Kulturen*
- 5.12.5 Doc. 7525/VI/95-rev. 6 (12. 3. 2001):
Appendix D
Comparability, extrapolation, group tolerances and data requirements for setting MRL's
– *Richtlinie zur Übertragbarkeit und Vergleichbarkeit, einschließlich Gruppentoleranzen, Einstufung als kleine/große Kultur und diesbezügliche Datenanforderungen*
- 5.12.6 Doc. 7035/VI/95-rev. 5 (22. 7. 97):
Appendix E
Processing studies
– *Richtlinie für Verarbeitungsstudien*
- 5.12.7 Doc. 7030/VI/95-rev. 3 (22. 7. 97):
Appendix F
Metabolism and distribution in domestic animals
– *Richtlinie zur Prüfung von Metabolismus und Verteilung in Haustieren*
- 5.12.8 Doc. 7031/VI/95-rev. 4 (22. 7. 96):
Appendix G
Livestock feeding studies
– *Richtlinie zur Durchführung von Fütterungsstudien an land-wirtschaftlichen Nutztieren*
- 5.12.9 Doc. 7032/VI/95-rev. 5 (22. 7. 97):
Appendix H
Storage stability of residue samples
– *Richtlinie zur Lagerstabilität von Rückstandsproben*
- 5.12.10 Doc. 7039/VI/95 (22. 7. 97):
Appendix I
Calculation of maximum residue levels and safety intervals e. g. pre-harvest intervals
– *Richtlinie zur Berechnung von Rückstandshöchst-mengen und Wartezeiten*
- 5.13 Doc. 7531/VI/95-rev. 5 (3. 1. 2001):
Guidance for setting of acceptable operator exposure levels (AO-ELs)
– *Leitfaden für die Festlegung von tolerierbaren Grenzen der Anwenderexposition (Acceptable Operator Exposure Levels (AOEL))*
- 5.14 Richtlinien zur Prüfung der Wirksamkeit
5.14.1 Doc. 7600/VI/95-rev. 6 (14. 7. 97):
Guidelines and criteria for the preparation and presentation of data concerning efficacy as provided in Annex III, part A and B, section 6 of Directive 91/414/EEC concerning the placing of plant protection products on the market (biological assessment dossier)
– *Richtlinien und Kriterien zur Vorbereitung und Darstellung von Ergebnissen zur Wirksamkeit von Pflanzenschutzmitteln*
- 5.14.2 Doc. 4854/VI/97 – rev. 3 (14. 2. 97):
Draft Community Recommendation to the Member States on assessing biological files
– *Empfehlungen zur Prüfung und Bewertung von Versuchsergebnissen zur Wirksamkeit, Phytotoxizität u. a.*
- 5.15 SANCO/825/00 rev. 6 (15. 6. 2000) (vormals 8064/VI/97):
Draft Guidance document on residue analytical methods
– *Leitfaden zu Datenanforderungen und zur Prüfung von Rückstandsanalysemethoden für die Überwachung nach der Zulassung und Monitoring*
- 5.16 SANCO/3029/99 -rev. 4 (11. 7. 2000):
Working document Residues: Guidance for generating and reporting methods of analysis in support of pre-registration data requirements for Annex II (part A, Section 4) and Annex III (part A, Section 5) of Directive 91/414/EEC
– *Leitfaden zur Erstellung und Berichterstattung von Rückstandsanalysemethoden für die Datenanforderungen, die vor der Zulassung zu erfüllen sind.*
- 5.17 SANCO/3030/99 -rev. 4 (11. 7. 2000):
Working document Technical Material and Preparations: Guidance for generating and reporting methods of analysis in support of pre- and post-registration data requirements for Annex II (part A, Section 4) and Annex III (part A, Section 5) of Directive 91/414/EEC
– *Leitfaden zur Erstellung und Berichterstattung von Analysemethoden für Wirkstoffe, Verunreinigungen und Formulierungen.*
- 5.18 Doc. 2021/VI/97 – rev. 7 (8. 7. 2000):
Guidance document on terrestrial ecotoxicology
– *Leitfaden für die Prüfung und Bewertung im Prüfbereich terrestrische Ökotoxikologie*
- 5.19 Doc. 8075/VI/97 – rev. 7 (8. 7. 2000):
Guidance document on aquatic ecotoxicology
– *Leitfaden für die Prüfung und Bewertung im Prüfbereich aquatische Ökotoxikologie*
- 5.20 Doc. 9188/VI/97 – rev. 8 (12. 7. 2000):
Guidance document on persistence in soil
– *Leitfaden zur Prüfung und Bewertung der Beständigkeit von Wirkstoffen im Boden*
- 5.21 SANCO/222/2000-rev. 2 (16. 3. 2000):
Draft Guidance document on dermal absorption

– Leitfaden zur Prüfung der Aufnahme von Pflanzenschutzmitteln über die Haut

5.22 SANCO/2971/2000 (10. 10. 2000):

Guidance Document on Voluntary Mutual Recognition of Minor Use Authorisations

– Leitfaden zur freiwilligen gegenseitigen Anerkennung von zulässigen Anwendungen von „Minor Uses“ (Lückenindikationen/Bekämpfungslücken)

5.23 SANCO/221/2000 – rev. 3 (March 2001):

Draft Guidance Document on Relevant Metabolites

– Leitfaden zur Prüfung und Bewertung relevanter Metaboliten in der Umwelt

5.24 SANCO/4145/2000 (February 2000):

Draft Guidance Document on Risk Assessment for Birds and Mammals under Council Directive 91/414/EEC

– Leitfaden zur Risikoabschätzung für Vögel und Säuger

5.25 Doc. 7199/VI/99 – rev. 3 (2. 8. 99):

Draft Guidance Document for the Setting of an Acute Reference Dose (ArfD)

– Leitfaden zur Ermittlung und Festsetzung einer Akuten Referenzdosis (ArfD) für Rückstände in Lebensmitteln

5.26 Doc Biocides/26/99 – rev. 6 (16. 3. 2001):

Draft background document to Doc. Biocides/82/01 rev. 2; Borderline between Directive 98/8/EC concerning the placing on the market of biocidal products and Directive 91/414/EEC concerning the placing on the market of plant protection products

– Vorschlag zur Abgrenzung der Wirkstoffe zwischen Bioziden und Pflanzenschutzmitteln

J.-R. Lundehehn und H.-G. Nolting (Braunschweig)

Die Abteilung für Pflanzenschutzmittel und Anwendungstechnik der BBA gibt bekannt:

Aufnahme von Fenhexamid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates

53. Mitteilung zur EU-Wirkstoffprüfung (Pflanzenschutzmittel¹⁾) – W 53

Mit der Richtlinie 2001/28/EG der Kommission vom 20. April 2001 (ABl. L 133 vom 24. April 2001, S. 5) ist der neue Wirkstoff Fenhexamid in Anhang I der Richtlinie 91/414/EWG des Rates aufgenommen worden. Die Richtlinie tritt am 01. Juli 2001 in Kraft und ist bis zum 01. August 2002 national umzusetzen. Die Aufnahme in den Anhang I erfolgt für 10 Jahre (bis 31. Mai 2011).

Entsprechend der Richtlinie dürfen nur Verwendungen als Fungizid zugelassen werden. Bei der Prüfung bzw. Überprüfung fenhexamid-haltiger Pflanzenschutzmittel sind insbesondere die möglichen Auswirkungen auf Gewässerorganismen zu berücksichtigen

¹⁾ 52. Mitteilung siehe LUNDEHEHN, J.-R., und H. G. NOLTING, 2001: Chronologische Übersicht über rechtliche Regelungen und Arbeitsdokumente im Rahmen der Richtlinie 91/414/EWG des Rates über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (Stand: Mai 2001), Nachrichtenbl. Deut. Pflanzenschutzd., 53 (9), S. 232–239.

sichtigen und gegebenenfalls Maßnahmen zur Risikominderung in die Zulassungsbedingungen aufzunehmen.

Der Beurteilungsbericht (Review Report) ist vorzugsweise bei dem Bericht erstattenden Mitgliedstaat (Vereinigtes Königreich) einzusehen. Die Biologische Bundesanstalt stellt den Beurteilungsbericht ohne die Hintergrunddokumente A, B und C in der Reihe „Berichte aus der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft“ als Band D der Folge „Rechtliche Regelungen der Europäischen Union zu Pflanzenschutzmitteln und deren Wirkstoffe“ interessierten Dritten über den Saphir Verlag, Gutsstraße 15, D-38551 Ribbesbüttel, Tel.: + 49 (0) 53 74 / 65 76, Fax: +49 (0) 53 74 / 65 77, gegen Erstattung der Unkosten zur Verfügung.
H. KÖPP (Braunschweig)

Die Abteilung für Pflanzenschutzmittel und Anwendungstechnik der BBA gibt bekannt:

Abgrenzung zwischen Pflanzenschutz- und Düngemitteln – Auslobung mit doppelter Zweckbestimmung

Zur Abgrenzung zwischen Pflanzenschutz- und Düngemitteln hat das Oberverwaltungsgericht Münster (OVG) mit Urteil vom 18. August 2000 – 21 A 1491/98 – Folgendes entschieden:

Produkte mit doppelter Zweckbestimmung unterliegen selbst bei gleichgewichtiger oder überwiegender Zweckbestimmung als Dünger auch dem Pflanzenschutzgesetz (PflSchG), wenn es sich um aus freiem Entschluss des Herstellers zusammengeführte echte Kombinationsprodukte handelt, d. h. die Pflanzenschutzkomponente auch ohne Kombination mit einem Düngemittel als reines Pflanzenschutzmittel in den Verkehr gebracht werden könnte.

Der Entscheidung lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Die Klägerin produziert und vertreibt als Unternehmen der Gartenbedarfsbranche das Erzeugnis „Rasendünger – moosverdrängend“. Dieses Produkt enthält neben anderen Bestandteilen einen Gesamtanteil von 12,5 % Stickstoff und einen Gesamtanteil von 9 % Eisen.

Ein Zulassungsverfahren nach dem Pflanzenschutzgesetz hat die Klägerin für das Erzeugnis nicht betrieben. Der Beklagte als zuständige Landesbehörde für den Pflanzenschutz forderte die Klägerin auf, das Mittel unverzüglich aus dem Handel zu nehmen und drohte für den Fall der Zuwiderhandlung die Einleitung eines Bußgeldverfahrens wegen Inverkehrbringens eines nicht zugelassenen Pflanzenschutzmittels an. Der Beklagte führte weiterhin aus, das Produkt sei wegen des Wirkstoffes Eisen-II-sulfat nach seiner Zweckbestimmung als Pflanzenschutzmittel i. S. des § 2 Nr. 9 PflSchG zu qualifizieren. Die Klägerin erhob wegen zu erwartender weiterer Verfügungen Unterlassungsklage mit der Begründung, bei ihrem Produkt handele es sich um ein Düngemittel, das als solches ausschließlich dem Düngemittelrecht unterliege. Das Verwaltungsgericht wies die Klage erstinstanzlich ab; die zugelassene Berufung blieb ebenfalls ohne Erfolg.

Die wesentlichen Entscheidungsgründe des OVG Münster sind folgende:

Die Frage nach der Zweckbestimmung des Produktes „Rasendünger – moosverdrängend“ ist nach Ansicht des Gerichts nicht im Hinblick auf seine einzelnen Inhaltsstoffe, sondern grundsätz-

lich mit Blick auf das Produkt als Ganzes zu beantworten. Dabei ist von der Definition des Begriffes „Stoffe“ mit einer umfassenden Bedeutung sowohl nach dem Pflanzenschutzgesetz als auch nach dem Düngemittelgesetz auszugehen.

Die mithin maßgebliche Zweckbestimmung des Gesamtprodukts erschließt sich aus seiner stofflichen Zusammensetzung, seiner Aufmachung und der Art des Vertriebes.

Entscheidend für die Bestimmung seines Verwendungszwecks ist, wie es einem durchschnittlich informierten Verbraucher gegenüber in Erscheinung tritt (so auch BVerwG, Beschluss vom 12. September 1996 – 3 B 43/96; NuR 1997, 143). Hiervon ausgehend weist das umstrittene Produkt eine zweifache Zweckbestimmung auf, nämlich eine als Dünger und eine weitere als Pflanzenschutzmittel.

Die rechtliche Zuordnung von Produkten, die nicht nur düngende, sondern auch pflanzenschützende Wirkung zu entfalten bestimmt sind, hat der Gesetzgeber durch eine wechselseitige Verweisung im Pflanzenschutzgesetz einerseits und im Düngemittelgesetz andererseits gelöst. Das Pflanzenschutzgesetz nimmt Düngemittel im Sinne des Düngemittelgesetzes aus seinem Regelungsbereich aus (§ 2 Nr. 9 PflSchG), das Düngemittelgesetz schließt seinerseits Pflanzenschutzmittel aus seinem Anwendungsbereich aus, allerdings nur für den Fall, dass der Stoff überwiegend dem Pflanzenschutz dient (§ 1 Nr. 1 2. Halbsatz DüMG).

Aus diesem Regelungssystem, das Überschneidungen zwischen dem Pflanzenschutzgesetz und dem Düngemittelgesetz vermeiden soll, wird gefolgert, dass die Zuordnung nach der überwiegenden Zweckbestimmung zu erfolgen habe. Ein und dasselbe Produkt könne, so wie es in den Verkehr gebracht werde, nicht gleichzeitig Düngemittel- und Pflanzenschutzmittel sein. Allein hiervon ausgehend unterfiele das Produkt „Rasendünger – moosverdrängend“ ausschließlich dem Düngemittelrecht, denn es lässt sich nicht feststellen, dass seine Zweckbestimmung als Pflanzenschutzmittel überwiegt.

Diese so genannte Konkurrenzklausele des § 2 Nr. 9 PflSchG i. V. m. § 1 Nr. 12. Halbsatz DüMG findet jedoch nach Auffassung des OVG auf Produkte der vorliegenden Art keine Anwendung. Aus der Zusammenschau des Schutzzwecks des Pflanzenschutzgesetzes einerseits und der Regelungstypik des Düngemittelrechts andererseits ist im Wege der teleologischen Reduktion der Vorschriften vielmehr zu folgern, dass Produkte mit einer Zweckbestimmung als Pflanzenschutzmittel einerseits und einer gleichgewichtigen oder überwiegenden Zweckbestimmung als Dünger andererseits nur dann ausschließlich dem Düngemittelrecht unterliegen, wenn diese beiden Funktionen in dem Produkt mit einer gewissen Zwangsläufigkeit miteinander verbunden sind, etwa weil gerade der Bestandteil, der die düngende Wirkung entfaltet, gleichzeitig auch pflanzenschützend wirkt.

Der Anwendungsvorrang des Düngemittelgesetzes gilt hingegen nicht für Produkte, bei denen die Komponenten aus freiem Entschluss des Herstellers zusammengeführt werden, bei denen also die Pflanzenschutzkomponente auch ohne Kombination mit einem Düngemittel, d. h. als reines Pflanzenschutzmittel produziert, in den Verkehr gebracht und angewendet werden könnte (echte Kombinationsprodukte), wie dies hier der Fall ist.

Die Anwendung der Bestimmungen über das pflanzenschutzrechtliche Zulassungsverfahren auf ein echtes Kombinationsprodukt steht auch im Einklang mit Gemeinschaftsrecht. Weder die Pflanzenschutzmittelrichtlinie noch die Richtlinie des Rates vom 18. Dezember 1975 zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten für Düngemittel (76/116/EWG, ABl. 1976 Nr. L24 S. 21) enthalten Regelungen, aus denen sich der Vorrang des Düngemittelrechts bei dieser Sachlage ergäbe.

J. KUNZE (Braunschweig)

Die Abteilung „Pflanzengesundheit“ der BBA teilt mit:

Anerkennung von Slowenien und der Slowakei als frei von *Clavibacter michiganensis* ssp. *sepedonicus*

Die Einfuhr von Speise- und Wirtschaftskartoffeln aus Drittländern ist entsprechend Anhang III, Teil A, Nr. 12 der Richtlinie 2000/29/EG grundsätzlich verboten. Von diesem Verbot sind diejenigen Drittländer ausgenommen, die vom Ständigen Ausschuss Pflanzenschutz entweder als frei von *Clavibacter michiganensis* ssp. *sepedonicus* anerkannt worden sind oder in denen Bestimmungen eingehalten werden, die den gemeinschaftlichen Bestimmungen zur Bekämpfung der Kartoffelringfäule gleichwertig sind.

Slowenien und die Slowakei haben bei der Europäischen Kommission einen Antrag gestellt, um als frei von *Clavibacter michiganensis* ssp. *sepedonicus* anerkannt zu werden. Auf der Basis der Ergebnisse mehrerer Inspektionsreisen, die vom Inspektorat in beiden Ländern durchgeführt wurden sowie aufgrund der von Slowenien und der Slowakei übermittelten zusätzlichen Informationen beschloss der Ständige Ausschuss Pflanzenschutz, beide Länder als frei von Kartoffelringfäule anzuerkennen. Hierzu wurde am 19. Juni 2001 eine entsprechende Entscheidung der Kommission verabschiedet (Entscheidung 2001/575/EG). Mit dieser Entscheidung sind zukünftig Einfuhren von Speise- und Wirtschaftskartoffeln aus Slowenien und der Slowakei möglich. Selbstverständlich sind aber auch für diese Länder die übrigen Einfuhrbestimmungen für Kartoffeln aus Drittländern entsprechend Anhang IV A I der Richtlinie 2000/29/EG zu beachten.

E. PFEILSTETTER

Abteilung für nationale und internationale Angelegenheiten der Pflanzengesundheit der BBA (Braunschweig)

LITERATUR

Chemikaliengesetz. Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen. Sammlung des gesamten Chemikalienrechts des Bundes und der Länder. Kommentar von P. SCHIVY. Zusammenstellung des europäischen Rechts. B. BECKER, Starnberg, Verlag R. S. Schulz. Loseblattsammlung. ISBN 3-7962-0381-7.

125. Ergänzungslieferung, 2001, 238 S.

Vorwort

Mit der vorliegenden Ergänzungslieferung wird das Werk auf den Rechtsstand vom 1. April 2001 gebracht.

Neu aufgenommen wurde die Verordnung über die umweltverträgliche Ablagerung von Siedlungsabfällen (Nr. 7/7-4). Es wird hingewiesen auf Änderungen der Verordnung über Anforderungen an das Einleiten von Abwasser in Gewässer (Nr. 7/15). Zwischenzeitlich erfolgte Änderungen der Technischen Regeln für Gefahrstoffe – TRGS 901 – (Nr. 8/3-18) wurden eingearbeitet. Die Technischen Regeln für Gefahrstoffe – TRGS 900 – (Nr. 8/4) werden in Neufassung veröffentlicht.

Für das Bundesland Rheinland-Pfalz wird aufmerksam gemacht auf die neu gefasste Landesverordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Arzneimittel- und des Transfusionsrechts (Nr. 19/1). Den Abschluss der vorliegenden Ergänzungslieferung bildet das Recht des Bundeslandes Sachsen-Anhalt mit der Einarbeitung von Änderungen in die Verordnung über die Zuständigkeiten auf verschiedenen Gebieten der Gefahrenabwehr (Nr. 20 B/4).